

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #29

Mitte November 2015



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Die hinter mir liegende Doppel-Sitzungswoche begann am 1. November, dem Tag, an dem wir Katholiken der Verstorbenen gedenken. Und doch stand diese erste Sitzungswoche ganz im Zeichen des Lebens: Neben Beschlüssen zu Verbesserungen der Hospiz- und Palliativversorgung hat der Deutsche Bundestag das Krankenhausstrukturgesetz in erster Lesung beraten und darüber entschieden, dass wir geschäftsmäßige Sterbehilfe in Deutschland gesetzlich verbieten. Warum lesen Sie im SEITENBLICK. Das zweite bestimmende Thema dieser Wochen war und ist die Frage, wie wir mit der immer noch hohen Zahl an Flüchtlingen umgehen, die in unser Land kommt. Ich habe in der Diskussion um die Begrenzung beim Familiennachzug klar Position bezogen. Die Flüchtlingssituation treibt natürlich nicht nur die Politiker um, sondern beschäftigt uns alle als Bürger. Nach zwei Jahren als Ihr Abgeordneter ist einiges erreicht und anderes angestoßen und auf den Weg gebracht. Wichtig ist aber, wie die Berliner Politik auf Sie, die Menschen in meiner Kölner Heimat tatsächlich wirkt und welche Rückschlüsse ich daraus ziehen kann. Deshalb habe ich mich besonders über die vielen Gäste bei meiner Halbzeitkonferenz im Wahlkreis gefreut. Einen kleinen Eindruck des Abends bekommen Sie gleich im NAHBLICK.

Herzliche Grüße
Ihr



Heribert Hirte



Heribert Hirte zieht Bilanz



Genau zwei Jahre nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag hat Heribert Hirte sich die Zeit genommen, öffentlich Bilanz zu ziehen; eine erste Zwischenbilanz, die sich über 100 Kölnerinnen und Kölner nicht entgehen lassen wollten. Welche Vorhaben konnte er bisher innerhalb der Fraktion umsetzen? Wie denkt er über die aktuelle Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und wo liegen in den kommenden zwei Jahren, der zweiten Halbzeit dieser Legislaturperiode, seine politischen Ziele? Über drei Stunden beantwortete Heribert Hirte alle Fragen, erfuhr im Gegenzug wie die Gesetze aus Berlin vor Ort wirken und bekam jede Menge Anregungen für seine Arbeit in der Hauptstadt.

Der Fokus des Abends lag – wie kann es momentan anders sein – auf der derzeitigen Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. „Wann sind unsere Aufnahmekapazitäten erreicht, wo ist die Grenze?“, fragten einige Gäste, andere wollten wissen, wie man künftig Verteilungskämpfe zwischen Flüchtlingen und sozial Schwachen verhindern wolle. „Natürlich gibt es eine implizite Obergrenze bei der Aufnahmekapazität von Flüchtlingen“, sagte Heribert Hirte „auch die Kanzlerin sieht das nicht anders“. Die Überlegungen zu Einschränkungen beim Familiennachzug machten dies erst diese Woche wieder deutlich. „Und ich bin der Meinung“, sagte der Kölner, „dass wir den Schutz-Umfang für Flüchtlinge klarer begrenzen müssen, solange wir die Flüchtlinge nicht mit vollkommener Gewissheit einem Herkunftsland und damit einem Schutzstatus zuordnen können. Pässe fehlen oder sind vielfach gefälscht, den Behörden werden nicht nachprüfbar Geschichten erzählt. Auch die Frage, wer alles zur Familie gehört, ist oft nicht ohne hohen bürokratischen und zeitlichen Aufwand herauszufinden. Wer angesichts der hohen Flüchtlingszahlen weiterhin freien Familiennachzug für alle fordert, ignoriert, dass unsere Verwaltungsbehörden schon jetzt an Grenzen stoßen. Daher müssen wir uns auch die Frage stellen, ob nicht auch bei Menschen mit subsidiärem Schutz der Familiennachzug nicht mehr generell, sondern wie bei den sogenannten Kontingentflüchtlingen nur aus humanitären Gründen möglich sein sollte. Es darf nicht nur auf familiäre Bindungen ankommen, ob wir Familiennachzug erlauben, sondern darauf, ob der Nachzug der Familie aus humanitären Gründen geboten ist.“ Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, betonte



Durften natürlich nicht fehlen: Frisch gezapftes Kölsch, Halver Hahn samt Röttgelchen und Frikadellen – serviert von Alexander Hirte

diese Woche erneut: „In der Flüchtlingspolitik haben wir in unserer Bundestagsfraktion von Anfang an zwei Ziele verfolgt: Wir kümmern uns um diejenigen Menschen, die in Not sind und deshalb ein Bleiberecht in Deutschland haben. Alle anderen aber müssen Deutschland wieder verlassen.“ Und weiter schrieb er in seinem wöchentlichen Fraktionsbericht: Der Familiennachzug soll für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden. Über den genauen Personenkreis werden jetzt die Innenminister von Bund und Ländern beraten.“

Auf Fragen aus dem Publikum zur Auswahl der Asylbewerber sagte Heribert Hirte, dass man die Pflicht zur Integration fördern müsse. Wer beispielsweise nicht an Integrationsangeboten teilnehme, bei dem müsse geprüft werden, ob Leistungen eingeschränkt werden könnten. Das seien Stellschrauben mit wesentlicher Bedeutung. Niemand wolle die Menschenwürde abschaffen, sagte der Abgeordnete, aber dass alle Änderungen immer an der Menschenwürde scheitern, wolle er nicht einsehen.



Im Verlauf des Abends wurde das Themenfeld breiter: Zu Heribert Hirtes Arbeit im Rechts- und EU-Ausschuss gehört die Diskussion rund um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Ein entscheidender Streitpunkt in den Verhandlungen zum Abkommen ist die Einführung von internationalen Schiedsgerichten, aus denen nun die Idee zu einer Art Internationalem Handelsgeschichtshof erwachsen ist. Heribert Hirte selbst hatte diesen Vorschlag in groben Zügen bereits in einer [Rede](#) Anfang des Jahres im Plenum geäußert.

Auch die vier Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe waren Thema der Halbzeitkonferenz. Wie Heribert Hirte in der vergangenen Sitzungswoche in dieser Frage abgestimmt hat, lesen Sie im SEITENBLICK.



Kein Geschäft mit dem Tod

Der Bundestag hat am Freitag erneut in einer ausführlichen Debatte über vier Gesetzentwürfe und einen Gruppenantrag zur [Regelung der Sterbebegleitung](#) debattiert und abgestimmt. Nach über einem Jahr ist die intensive Debatte im Bundestag damit beendet. Heribert Hirte hatte den Gesetzentwurf eines „[Gesetzes zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung](#)“ als die überzeugendste Lösung angesehen, der schließlich schon im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit bekommen hat. Von Vereinen organisierte Sterbehilfe, egal ob kommerziell oder nicht, ist damit verboten. Bislang agierten Sterbehilfevereine in einer rechtlichen Grauzone, in Zukunft drohen bis zu drei Jahre Haft. Bundeskanzlerin Merkel hatte sich bereits im Juni öffentlich für den Gesetzentwurf ausgesprochen. Auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU sagte sie: „Wir wünschen uns allen, dass wir ein Leben ohne Leid und Schmerzen haben, aber wir dürfen ja nicht, weil dies unser gemeinsamer Wunsch ist, der Versuchung erliegen, Leid und Schmerzen aus dem öffentlichen Leben verbannen“ und stellt schließlich fest: „Es darf mit dem Tod und dem Sterben kein Geschäft gemacht werden, das ist das Credo.“

EU-Ausschuss hört Experten zur Wirtschafts- und Währungsunion an

„Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vollenden“ so lautet die Überschrift eines Berichts, verfasst von den „Big Five“ der Europäischen Union: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Jeroen Dijsselbloem, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Ihr Ziel ist es, dass jede Volkswirtschaft im Euro-Raum baldmöglichst so aufgestellt ist, dass sie in der Währungsunion „gedeihen“ kann. Deshalb haben die Herren einen genauen Stufenplan ausgearbeitet, nach dem in spätestens 10 Jahren eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion als „Hort der Stabilität und des Wohlstands der EU-Mitgliedstaaten“ mit gemeinsamer Währung fertig geschaffen werden kann. Heribert Hirte war als zuständiger Berichtersteller des Themas an zentraler Stelle in der Anhörung verschiedener Experten beteiligt. Einen ausführlicheren Bericht der Sitzung mit Positionen der einzelnen Sachverständigen finden Sie [hier](#).

Dem Problem der Pensionsrückstellungen auf der Spur

Mit zunehmender Sorge blicken Unternehmen in Deutschland auf die gesunkenen Zinsen. Denn diese Niedrigzinsphase führt dazu, dass Unternehmen hohe Rückstellungen bilden müssen, um ihren Arbeitnehmern künftig die vereinbarten Betriebsrenten zahlen zu können. Diese Rückstellungen wiederum wirken sich negativ auf die Bilanz der Unternehmen aus, und das könnte Investitionen bremsen, obwohl an sich genug Geld in der Kasse ist. Die Unionsfraktion hat den dringenden Handlungsbedarf längst erkannt. Auch diese Woche

fürte Heribert Hirte wieder Gespräche zum Thema „Abzinsungszinssatz bei Pensionsrückstellungen“ (§ 253 Abs. 2 HGB). An einem der Gespräche nahmen neben ihm und sechs anderen Abgeordneten zehn Vertreter mittlerer und großer Unternehmen – von Miele und Kärcher bis hin zu Lufthansa und ThyssenKrupp -, aber auch Vertreter des DGB und der Wirtschaftsprüfer teil. Kern der Frage ist, mit welchem Zinssatz Betriebsrentenansprüche in der Bilanz auf ihren „Gegenwartswert“ abgezinst und dann „angesetzt“ werden sollten. Geplant ist, noch dieses Jahr eine Regelung zu finden, damit Betriebsrenten auch weiterhin attraktiv bleiben. Denn sonst könnten Unternehmen in die „bilanzielle Überschuldung“ geraten (was zwar keine Insolvenz ist, aber etwa Gewinnausschüttungen und Rentenerhöhungen verhindern würde), weil sie für Rentenzahlungen Rückstellungen bilden müssen, die erst in mehreren Jahrzehnten fällig werden.

Im Einsatz für das Freihandelsabkommen TTIP



(Quelle Bundeswehr/Heinzlmeier)

Aufgereiht nach der Gesprächsrunde (v.l.n.r.): Oberstleutnant Peter Heinzlmeier (BAPersBw), Dr. Martin Hoch (KAS), Heribert Hirte, Oberst Hans-Georg Böhlein (BAPersBw), Jürgen Matthes (Institut der dt. Wirtschaft) und Paul Benkel (KAS)

Unter der Überschrift: „Die Weltwirtschaft – Auswirkungen von Globalisierung und Finanzkrise“ hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende Oktober Heribert Hirte als Redner des Seminars zur politischen Bildung geladen. Als zuständiger Berichterstatter im EU-Ausschuss für das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA konnte er den Seminarteilnehmern Einblick geben in die parlamentarische Praxis – und [Mythen](#) über das „TTIP-Monster“, wie es Gegnern erscheint, versuchen zu entkräften.

Zu Gast im CDU-Arbeitskreis Hochschule & Hochschulentwicklung

Den Blick auf die Bundespolitik durch die Brille eines Wissenschaftlers kennt Heribert Hirte nur zu gut. Als Rechtsprofessor der Universität Hamburg war er auch schon vor seiner Zeit als Abgeordneter als Sachverständiger zu Gast in den Ausschüssen des Bundestages. Nun, mit dem Insider-Wissen eines Abgeordneten, hat sich sein Bild vom Berliner Politikbetrieb vervollständigt. Ende Oktober berichtete er davon den Mitgliedern des Kölner CDU-Arbeitskreises „Hochschule“. Dabei machte er deutlich, dass Politik im Wesentlichen darin bestehe, die eigenen Interessen bei den entscheidenden Meinungsführern anzubringen. Inhaltlich helfe ihm daneben natürlich seine Erfahrungen als Universitätsprofessor, sagte Heribert Hirte. Neben seinem Bericht stand der Vortrag eines Mitglieds aus der Geschäftsführung der Handwerkskammer Köln im Mittelpunkt des Treffens. Unter der Überschrift „Umsteigen – Karriereberatung für Studienaussteiger“ warb Dr. Markus Eickhoff für die Möglichkeiten der Umorientierung von der Hochschule in etwa 300 verschiedene Ausbildungsberufe.

Zwischen Studenten



Die Katholische Deutsche Studentenverbindung (K.D.St.V.) Rheinland hat am vergangenen Freitag Einblick in Heribert Hirtes Abgeordnetentätigkeit erhalten: In seinem Vortrag ging der Kölner thematisch auf Reisen – von Deutschland (Flüchtlingssituation) über Griechenland (3. Hilfspaket) in die Vereinigten Staaten von Amerika (Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP).

Gastfamilien für ein bis zwei Monate gesucht

Der Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA e.V.) veranstaltet seit vielen Jahren einen interkulturellen Austausch mit Schülern von Deutschen Schulen im Ausland, vorwiegend aus Südamerika. Für dieses Jahr sucht der Verein dringend noch Gastfamilien in Deutschland für Schülerinnen und Schüler aus Chile, Argentinien und Paraguay. Die Jugendlichen sind zwischen 15 und 17 Jahren alt, lernen alle Deutsch und sollen für fünf bis acht Wochen den Unterricht in Deutschland besuchen. Die ersten Schüler kommen bereits am 30.11.2015 in Frankfurt a. M. an, die letzte Gruppe folgt dann am 13.12.2015.

Weitere Informationen gibt es auf der Seite des [VDA-Jugendaustausch](#) oder telefonisch unter: 02241 /21735



BILD und Focus berichten über Vorschläge zur Asylpolitik

Gemeinsam mit seinem CSU-Kollegen aus dem Rechtsausschuss Alexander Hoffmann hat Heribert Hirte ein Positionspapier zur aktuellen Einwanderungs- und Flüchtlingssituation erarbeitet. (Wir haben darüber im vergangenen Newsletter bereits berichtet.) Das Papier enthält unter anderem Vorschläge, wie rechtliche Verfahren für Asylbewerber effizienter und damit billiger gestaltet werden können. [BILD](#) und [Focus Online](#) haben diese Vorschläge bereits aufgegriffen. Innerhalb der Unionsfraktion wird das Papier zurzeit noch diskutiert.

Der Kölner Stadt-Anzeiger veröffentlichte nach dem Besuch des Abgeordneten in der Flüchtlingsunterkunft Godorf einen kurzen Bericht. Darin heißt es unter anderem: „Hirte informierte sich bei der Leiterin, Hanna Machulla, vom Deutschen Roten Kreuz, lobte die gute Führung des Hauses und diskutierte mit ihr über die Frage, ob Menschen nach Religionszugehörigkeit getrennt untergebracht werden sollten. Das hält die Wohnheimleiterin für falsch. „Die Konflikte in den Flüchtlingsheimen sind das Resultat falscher Kommunikation und nicht religiös bedingt“, sagte sie.“

Im Gespräch zur Staateninsolvenz

Das Fachmagazin für Restrukturierung, Sanierung und Insolvenz, INDat Report, hat Heribert Hirte am Rande des Deutschen Insolvenzverwalterkongresses am 5. November zum Thema Staateninsolvenz interviewt. Wer sich eingehender mit dem Thema beschäftigen möchte, kann das 20-minütige [Gespräch per Video](#) nachverfolgen und sich in die juristischen Tiefen der Thematik führen lassen.



Besuch aus dem Wahlkreis

In den ersten Tagen dieser Doppelsitzungswoche wehte endlich mal wieder ein bisschen frischer Kölscher Wind durch das Reichstagsgebäude. 50 Kölnerinnen und Kölner, vorwiegend aus Lindenthal, haben sich drei Tage durchs politische Berlin führen lassen. Zum Gesprächstermin mit Heribert Hirte kam Carsten Linnemann, der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, als Überraschungsgast gleich mit dazu. Anschließend sind die beiden Abgeordneten in die Fraktionssitzung weiter gezogen.

Mehr Bilder aus Heribert Hirtens politischem Alltag gibt es auch auf der [Homepage](#) und natürlich immer aktuell auf [Facebook](#).

„Jetzt reden wir nicht über die Reeperbahn, sondern über die Verkehrsinfrastrukturabgabe.“

Mit diesen Worten schloss der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder am 10. November eine Besprechung zu Hamburg und kündigte den nächsten Tagesordnungspunkt zur Infrastrukturabgabe in der Fraktionssitzung an.



Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762
Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

In der kommenden Woche nimmt Heribert Hirte diverse Termine in seinem Kölner Wahlkreis wahr. Dazu gehören unter anderem Hintergrundgespräche zur Verhinderung von Internetkriminalität und zu internationalen Wirtschaftsthemen.

Copyright © 2013 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de